

Dialogprozess zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes im
deutsch-polnischen Grenzgebiet

2. Deutsch-Polnischer Workshop „Hochwasser, Trockenheit, Anpassung an den Klima- wandel: Vor welchen Herausforderungen steht die wasser- bezogene Raumplanung in Deutschland und Polen?“

Termin: 30. September 2025, 10:30-15:00 Uhr

Ort: Regionalny Zarząd Gospodarki Wodnej w Szczecinie
ul. Tama Pomorzańska 13A



Im Auftrag des Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark Barnim erarbeitet durch:

 **INFRASTRUKTUR & UMWELT**
Professor Böhm und Partner

Hintergrund und Zielstellung

Der zweite deutsch-polnische Workshop „Hochwasser, Trockenheit, Anpassung an den Klimawandel: Vor welchen Herausforderungen steht die wasserbezogene Raumplanung in Deutschland und Polen?“ war einer von drei deutsch-polnischen Workshops, welche im MORO-Projekt „Dialogprozess zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes im deutsch-polnischen Grenzgebiet (Regionen Uckermark-Barnim und Zachodniopomorskie)“ 2025 und 2026 durchgeführt werden.

Durch die Workshops sollen der grenzüberschreitende Dialog zum Thema Landschaftswasserhaushalt vertieft, Schnittstellen und Bedarfe für eine mögliche künftige Zusammenarbeit ausgemacht und erfolgreiche Ansätze identifiziert werden, die sich auch für eine grenzüberschreitende Übertragung eignen.

Ziel des zweiten Workshops war es, Handlungsspielräume zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes auszuloten. Anhand von Praxisbeispielen aus Polen und Deutschland wurden die Anwendbarkeit und Wirksamkeit zur Verfügung stehender Instrumente, Herausforderungen bei ihrer Umsetzung und Handlungsbedarfe herausgearbeitet und diskutiert.

An dem Workshop nahmen ca. 25 deutsche und polnische Akteure aus den Bereichen Raumplanung und Wasserwirtschaft sowie kommunale Verwaltung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz teil.

Im Rahmen der vier Arbeitsgruppen „Landwirtschaft“, „Forstwirtschaft“, „Gewässer“ und „Siedlung“ sollten folgende Leitfragen diskutiert werden:

- Wie wirken sich Trockenheit, Starkniederschläge und Hochwasser auf land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen, Siedlungsräume und Gewässer aus? Welche **Gebiete** haben eine besondere Funktion für den Landschaftswasserhaushalt und/oder sind besonders betroffen? Welche **Handlungsbedarfe** sind feststellbar?
- Welche **Maßnahmen** können ergriffen werden, um Trockenheit und Hochwasser vorzubeugen? Wie lassen sich Klimaresilienz und Retentionsfunktion in Stadt und Landschaft stärken?
- Welche **Herausforderungen** treten bei Planung und Umsetzung von Maßnahmen – z.B. der Anhebung von Grundwasserständen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen – auf? Wie können diese **gelöst** werden?
- Welchen Beitrag kann die **räumliche Planung** zu einem nachhaltigen Wassermanagement, z.B. dem vorbeugenden Hochwasserschutz und der Abmilderung der Auswirkungen von Dürreperioden, leisten? Mit welchen Instrumenten der Raumordnung lassen sich erforderliche Maßnahmen wirksam unterstützen?
- Wie können die **Zusammenarbeit zwischen Fachplanung und Raumordnung** verstärkt und Synergien gewonnen werden?
- Wo gibt es **interdisziplinäre Abstimmungs- und Kooperationsbedarfe** zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts?

Programm

Moderation: Sven Friedrich, INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner

Zeit	Programmpunkt	
10:30 – 10:45	Begrüßung und Einführung	
10:45 – 11:45	Gruppenarbeit	
	❶ Arbeitsgruppe Landwirtschaft	❷ Arbeitsgruppe Forstwirtschaft
11:45 – 12:15	Vorstellung der Ergebnisse der Gruppenarbeit im Plenum	
12:15 – 13:00	Mittagspause	
13:00 – 14:00	Gruppenarbeit	
	❸ Arbeitsgruppe Gewässer	❹ Arbeitsgruppe Siedlung
14:00 – 14:30	Vorstellung der Ergebnisse der Gruppenarbeit im Plenum	
14:30 – 15:00	Fazit: • Zentrale Herausforderungen • Lösungsansätze • Raum- und regionalplanerischer Handlungsspielraum • Interdisziplinäre Zusammenarbeit	

Ergebnisdokumentation

Begrüßung & Einführung

Der Gastgeber **Michał Durka**, Direktor der Regionalen Wasserwirtschaftsverwaltung (RZGW) Szczecin, hieß die Teilnehmenden im RZGW Szczecin herzlich willkommen.

Sven Friedrich vom beauftragten Büro INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner erläuterte den Ablauf des Workshops.

Die Teilnehmenden wurden in vier Arbeitsgruppen eingeteilt, von denen jeweils zwei parallel stattfanden: Landwirtschaft und Forstwirtschaft am Vormittag, Gewässer und Siedlungen am Nachmittag.

Aufgabe der Arbeitsgruppen war es, die für den Workshop formulierten Leitfragen zu diskutieren und zu beschreiben:

- Herausforderungen, Instrumente und räumliche Betroffenheit aus Sicht der jeweils zuständigen Fachplanung
- Formeller und informeller Handlungsspielraum der räumlichen Planung
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Fach- und Raumplanung.

Zum Einstieg in die jeweilige Thematik startete jede Arbeitsgruppe mit jeweils einem regionalen Beispiel pro Land, vorgetragen durch einschlägige Expert/innen.

Landwirtschaft

- Stärkung des Landschaftswasserhaushalts durch verbesserten Wasserrückhalt auf meliorierten landwirtschaftlichen Flächen / degradierten Mooren
- Mit Beispielen aus dem Randowbruch (Uckermark) und dem Landwirtschaftsbetrieb Juchowo bei Szczecinek (Westpommern)

Forstwirtschaft

- Stärkung des Landschaftswasserhaushalts durch verbesserten Wasserrückhalt in Wäldern mit hohem Retentionspotenzial u/o in trockenheitsgefährdeten Wäldern
- Mit Beispielen aus den Staatsforsten Westpommern und dem Plagefenn (Barnim)

Gewässer

- Stärkung des Landschaftswasserhaushalts im Einzugsgebiet / zugunsten trockenheitsgefährdeter Gewässer
- Mit Beispielen aus dem Einzugsgebiet der Gunica mit Schloss- und Świdwie-See (Westpommern) sowie Kleingewässern (insb. Söllen) in der Uckermark

Siedlung

- Siedlungsentwicklung & Senkenbereiche für Gebietsretention
- Mit Beispielen aus der Stadt Schwedt (Uckermark) und der Gemeinde Dobra (Westpommern)



Ergebnisse in den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1 „Landwirtschaft“

Als **erstes Fallbeispiel** wurde das [BLuMo-Projekt](#) im **Randowbruch (Uckermark)**, eines der größten Durchströmungsmoore des Landes, vorgestellt. Seine degradierten Moorflächen stehen unter landwirtschaftlicher Nutzung, sind von zahlreichen Entwässerungsgräben und (unbekannt vielen) Drainagen durchzogen und weisen zu niedrige Grundwasserstände auf. Im Rahmen des Projektes werden der Wasserrückhalt gefördert und die **nasse Bewirtschaftung von Niedermoorstandorten** erprobt, um eine dauerhafte landwirtschaftliche Wertschöpfung auch weiterhin zu ermöglichen.

Das **zweite Fallbeispiel** stellte der biologisch-dynamischen Betrieb [Juchowo Farm](#) dar. Um einem weiteren Austrocknen der Landschaft entgegenzusteuern, haben sie Wasserlandschaften, neue Seen und Teiche, angelegt und streben die Wiederherstellung eines naturnahen Wasserhaushaltes an. Zu diesem Zweck wird ein aktives Wassermanagement betrieben: Das bereits existierende Drainagesystem wird gepflegt und erweitert, sodass je nach Bedarf Wasser mittels Schleusen, Dämmen und Gräben angestaut oder abgeleitet werden kann.

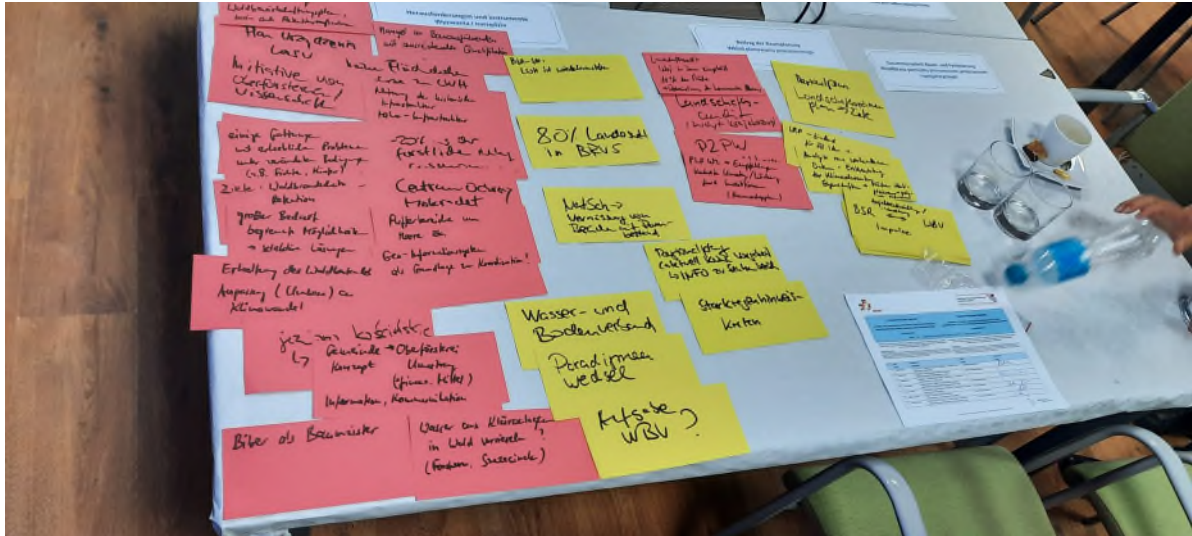
Herausforderungen

- Überwiegend massiv gestörter Wasserrückhalt aufgrund existierender, oft nicht mehr betreuter, großflächiger Entwässerungssysteme auf landwirtschaftlich genutzten Flächen – verbunden mit fortschreitendem Moorschwund
- Fehlende Gesamtplanung für (landwirtschaftliche) Wassernutzung auf Einzugsgebietsebene
- Ableiten konkreter Umsetzungen im Detail aus großen Übersichtsplanungen – komplexe hydrologische Verhältnisse
- Zunehmende Nutzungskonkurrenz um die Ressource Wasser bei gleichzeitig mangelndem Bewusstsein um Ressourcenknappheit und Notwendigkeit, Wasser zu rationieren
- inkonsistente Beachtung wasserrechtlicher Grundlagen in Planungsprozessen
- Mangelnde Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange durch genehmigende Behörden
- Z.T. sehr langwierige, arbeitsaufwändige Genehmigungsverfahren
- naturschutzfachliche Aspekte, die die Umsetzung von Maßnahmen erschweren
- Flächenverfügbarkeiten/Eigentumsverhältnisse
- Zustimmungen von Flächennutzern

Lösungsansätze & Instrumente

- Kleine Projekte mit minimalem Genehmigungsaufwand/-bedarf
- Einführung eines Einzugsgebietsansatzes zur Förderung von Dialog und Verständnis betroffener Wassernutzer und zur Unterstützung transparenter Entscheidungen auf der Grundlage einer ausreichenden Informationsgrundlage durch verantwortliche Stellen, inkl. Etablierung von „Einzugsgebietsbeiräten“ (z.B. nach britischem Vorbild, vgl. [Catchment-based Approach](#))
- Schaffung von Anreizen für den Wasserhaushalt schonende Nutzungen im Falle von Nutzungskonkurrenzen

Arbeitsgruppe 2 „Forstwirtschaft“



Impulsbeiträge (Kurze Zusammenfassung)

In einem ersten Beitrag wurden **Maßnahmen der polnischen Staatlichen Forstverwaltung zur Verbesserung des Wasserhaushalts auf Forstflächen** vorgestellt. Dabei wurde unterstrichen, dass **Wasserrückhalt ein sehr wichtiges Thema in ganz Polen** ist: fast 75% der Mittel, die durch das [Koordinierungszentrum für Umweltprojekte](#) umgesetzt werden, fließen in Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserrückhalts. In den letzten Jahren hat ein **Umdenken hin zu kleinen, naturnahen und dezentralen Maßnahmen** stattgefunden, da diese deutlich nachhaltiger auf den Wasserhaushalt wirkten. Im Zuständigkeitsbereich der RDLP Szczecin wurden in acht Oberförstereien **88 Maßnahmen zum Wasserrückhalt im Flachland** durchgeführt und damit ein **zusätzliches Rückhaltevolumen von 128 Tausend m³** geschaffen. Bei der Projektplanung und -durchführung kooperiert die Regionaldirektion mit Experten aus Hochschulen und Vereinen, wie dem [Zentrum für Feuchtgebiete](#).

Stephan Garkisch, Wasser- und Bodenverband (WBV) Finowfließ, stellte ein Einzelvorhaben im **Plagefenn** (Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin) vor. Der WBV hat hier infolge von Entwässerung **stark degradierte Moorflächen renaturiert**. Dazu wurden Maßnahmen, wie Verplombungen, Rückbau / Erhöhung von Durchlässen, der Einbau einer Sohlgleite und das Anlegen von zwei Furten auf **48 Einzelflächen** mit einer **Gesamtfläche von 57 ha** durchgeführt. Bereits nach kurzer Zeit konnten sehr gute Ergebnisse erzielt und der Grundwasserstand wieder angehoben werden. Herausfordernd waren vor allem naturschutzfachliche Belange aufgrund des wegen erhöhten Grundwasserstandes absterbenden Baumbestandes sowie bodenarchäologische Anforderungen.

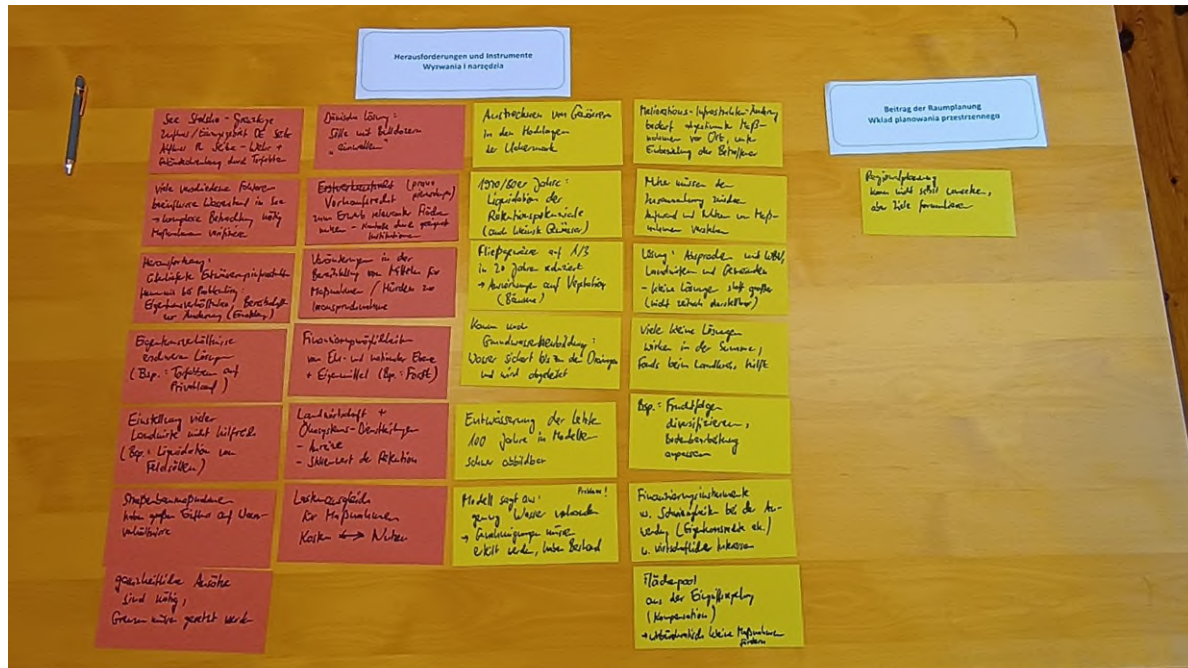
Herausforderungen

- Klimawandel und die daran bislang nicht angepasste forstwirtschaftliche Nutzung (v.a. großflächig vorhandene Nutzbaumarten, v.a. Kiefer und Fichte, die nur sehr schlecht mit den Bedingungen des Klimawandels zurechtkommen)
- Belange des Naturschutzes bzw. der Bodendenkmalpflege sowie Besitzverhältnisse (Privatwald) sind Herausforderungen bei der Maßnahmenumsetzung.
- Finanzierung, da die Projektaktivitäten nicht unter die bis dato satzungsgemäßen Aufgaben des WBV fielen

Lösungsansätze & Instrumente

- Waldumbau, dezentraler Rückhalt von Niederschlagwasser in der Fläche durch Rück- bzw. Umbau von Entwässerungsanlagen
- zentrale Grundlage zur Planung von Maßnahmen zum Wasserrückhalt sind in Polen die **Waldbewirtschaftungspläne** (Plan Urządzania Lasu), die für jede Oberförsterei (Nadleśnictwo) erstellt werden.
- In Deutschland sind **Erhaltungs- und Entwicklungsziele in Schutzgebietsverordnungen**, u.a. der [Verordnung zum Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin](#), wichtige Planungsgrundlage. Eine zentrale Zuständigkeit für die Maßnahmenumsetzung gibt es nicht. Je nach Gebiet sind Umweltverwaltung, Schutzgebietsverwaltung, Forstverwaltung oder auch die Wasser- und Bodenverbände beteiligt.

Arbeitsgruppe 3 „Gewässer“



Im **ersten Fallbeispiel** berichtete **Artur Furdyna**, Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Flüsse Ina und Gowienica, vom direkt auf der deutsch-polnischen Grenze gelegenen **Schlosssee und dem ungelösten Problem, dem sinkenden Wasserstand entgegenzuwirken und ihn zu stabilisieren**. Durchgeführte Einzelmaßnahmen hätten bislang nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Ursachen dafür seien die komplexe hydrologische Situation im Niederungsbereich zwischen Uecker, Oder und Stettiner Haff und mangelnde Möglichkeiten, andere relevante Flächen in die weitere Maßnahmen-planungen und -umsetzungen einzubeziehen.

Im **zweiten Fallbeispiel** präsentierte **Dr. Nicole Spundflasch**, Leiterin des Landwirtschafts-, Umwelt- und Veterinäramts im Landkreis Uckermark, die **dramatische Lage trockenheitsgefährdeter Oberflächengewässer in der Uckermark** mit einem besonderen Fokus auf Söllen in der Agrarlandschaft sowie das damit in engem Zusammenhang stehende **Absinken der Grundwasserspiegel**. Die Situation sei großteils hausgemacht aufgrund vergangener und bis heute bestehender Meliorationsmaßnahmen. Besonders betroffen seien die Hochlagen der Uckermark.

Herausforderungen

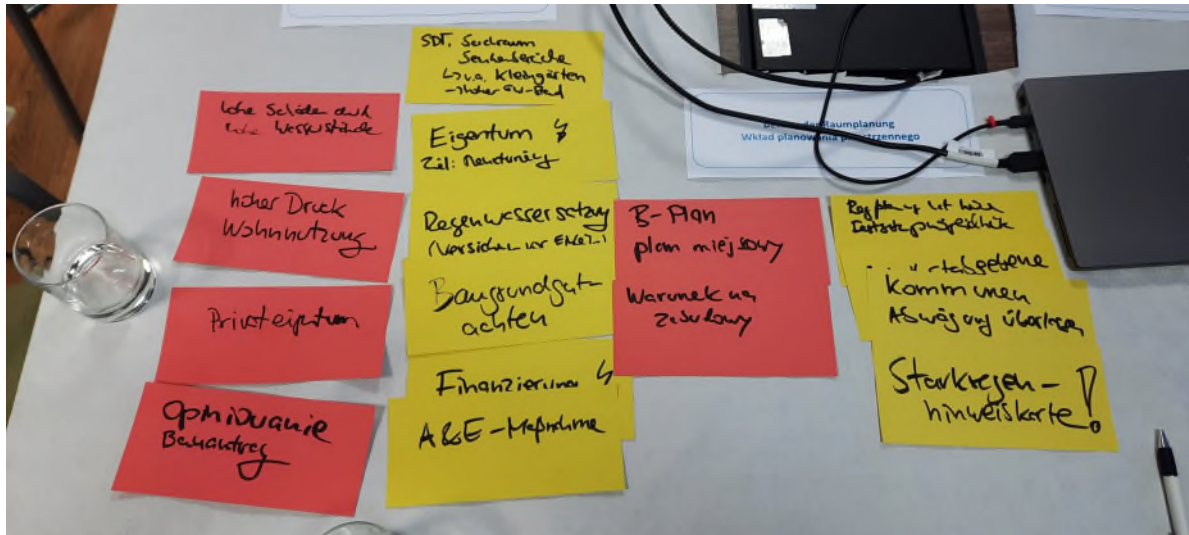
- Massive Eingriffe in den Landschaftswasserhaushalt, insb. bestehende, teilweise obsoleete oder nicht Instand gehaltene Entwässerungsinfrastruktur vergangener Meliorationsmaßnahmen, Flussbegradigungen u.a.
- Zunehmende Auswirkungen des Klimawandels

- Eigentumsverhältnisse/Flächenverfügbarkeiten: Zustimmung der Flächennutzer für Umsetzung geeigneter Maßnahmen erforderlich
- Flächenkonkurrenz – Maßnahmen zum Wasserrückhalt sind nicht lukrativ (genug)
- Modelle zur Berechnung der Grundwasserneubildung berücksichtigen Auswirkungen der Entwässerung nicht hinreichend. Daten suggerieren oft ein hinreichend großes, jedoch nicht realistisches Wasserdargebot. Behörden fehlt damit Grundlage für evtl. notwendige Einschränkungen von Wassernutzungsrechten.
- Übergeordnete Planungshoheiten und -vorgänge mit teilweise erheblichem Einfluss auf den Landschaftswasserhaushalt, wie z.B. Straßenbaumaßnahmen
- Fehlende Entscheidungsbefugnisse von Behörden, die die Problemlage verstehen
- Bürokratische Hürden bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln

Lösungsansätze & Instrumente

- Ganzheitliche Lösungsansätze auf Flusseinzugsgebietsebene – Wasser kennt keine Eigentumsverhältnisse
- Mehr Dialog und Zusammenarbeit zwischen Behörden, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz sowie Siedlungen und Gemeinden
- Kleine, dezentrale Lösungen, um den Wasserrückhalt schnell, effektiv und unbürokratisch zu verbessern (gegenüber verwaltungs- und genehmigungsaufwendigen Großprojekten)
- Vereinfachte Genehmigungsverfahren für kleinere Maßnahmen
- Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts staatlicher Einrichtungen für den Erwerb relevanter Flächen
- (Definition klarer Grenzen bzgl. Eingriffen in die Natur ggü. Landeigentümern/-nutzer)
- Flächennutzungsdruck reduzieren – Wasserrückhalt „muss sich lohnen“ – finanzielle Anreize für den Erhalt/Wiederherstellung von Ökosystemleistungen
- Erwähnte finanzielle Instrumente:
 - o Flächenpools zur Finanzierung kleinerer Maßnahmen auf Landkreisebene (DE)
 - o Nationaler Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (PL)
 - o EU-Förderprogramme

Arbeitsgruppe 4 „Siedlung“



Elżbieta Spychalska, Inspektorin für Melioration der Gemeinde Dobra bei Stettin stellte in ihrem Impulsbeitrag ein **Fallbeispiel aus der Gemeinde Dobra** vor. In den Ortschaften Dotuj i Kościna wurden **Wohngebiete in grundwasserbeeinflussten Senken** errichtet. Da die vormals als landwirtschaftliche Flächen genutzten Grundstücke nicht mehr ordnungsgemäß entwässert werden können, kommt es regelmäßig zur Überflutung von Straßen und Grundstücken. Ein von der Gemeinde beauftragtes **Regenwasserbewirtschaftungskonzept** stellt eine gutachterliche Grundlage dar und muss durch die Gemeinde umgesetzt werden. Ein Teil der Maßnahmen (Mulden / Rigolen) kann auf gemeindeeigenen Flächen umgesetzt werden (v.a. Verkehrsflächen). Zentrale Elemente, insbesondere die Regenrückhaltebecken befinden sich auf Privatgrundstücken, was die Maßnahmenumsetzung erschwert.

Johann Reichstein, stellvertretender Abteilungsleiter Stadtplanung der Stadt Schwedt/Oder, stellte ein Beispiel zur **Renaturierung einer in einem Senkenbereich liegenden Kleingartenanlage** vor. Er erläutert, dass es im Stadtgebiet von Schwedt zahlreiche Flächen gibt, die in Senkenbereichen liegen. Diese werden überwiegend als Grünflächen, Sportanlagen oder Kleingärten genutzt. Für eine durch hohe Grundwasserstände besonders betroffene Kleingartenanlage hat die Stadt Schwedt den Entschluss gefasst, diese zurückzubauen und zu renaturieren. Nach dem Flächentausch betroffener Parzellen wurde der Gebäudebestand entnommen, weitere Entsiegelung vorgenommen und ein Feuchtbiotop geschaffen.

Herausforderungen

- Im Fallbeispiel Dobra: hohe Nachfrage insbesondere nach Wohnbauland und der Mangel effektiver raumordnerischer Instrumente, um Flächeninanspruchnahme verbindlich steuern zu können; Hauseigentümer haben Anrecht darauf, dass die

Gemeinde die Abführung des Wassers organisiert (d.h. nicht nur Verlust von Wasser in die Vorflut, sondern auch Kosten/Aufwand für die Kommunen)

- In Schwedt/Oder: Finanzierung des Rückbaus der verbliebenen baulichen Anlagen und der Entsiegelung.
- Abwägungsentscheidung, ob Senkenbereiche als Freiraum erhalten werden oder doch bebaut werden, ist auch in Deutschland stark davon abhängig, ob noch alternative Flächen für die Siedlungsentwicklung vorhanden sind, dem Nutzungsdruck

Instrumente

- Gemeinde Dobra: **informelles gutachterliches Konzept zur Regenentwässerung** als fachliche Grundlage für die Ortsteile Dotuj und Kościna
- Polen: In Zukunft (mit Novellierung Raumordnungsrecht 2024 eingeführt): rechtsverbindlicher **Gesamtplan** (Plan ogólny). Dieser beinhaltet eine Zonierung nach insgesamt 13 definierten Nutzungszonen (strefy) (siehe ausführliche Beschreibung zu raumordnerischen Instrumenten weiter unten).
- Deutschland: Möglichkeit über **Oberflächenwasserbeseitigungssatzungen** die Beseitigung von Niederschlagswasser zu regeln (z.B. [Oberflächenentwässerungssatzung der Stadt Schwedt/Oder](#)).
- Planungsregion Uckermark-Barnim: **Flächenkulisse „Suchraum Senkenbereiche“** im Maßstab 1:100.000. Diese stellt als informelles Dokument eine wertvolle Informationsgrundlage für die Bauleitplanung dar; könnte als Grundsatz der Raumordnung Teil der Abwägungsentscheidung der Kommunen werden
- [Starkregenhinweiskarte](#) als fachliche Grundlage zur Beurteilung von Fließwegen, Fließgeschwindigkeiten und Überflutungstiefen in Folge von Starkregenereignissen.
- **Flächennutzungsplan** und **Bebauungsplan** als Instrumente der kommunalen Bauleitplanung (im Land Brandenburg nicht flächendeckend vorhanden). Zudem kann die zuständige Bauaufsichtsbehörde im Zuge des **Baugenehmigungsverfahrens Maßgaben für die Grundstücksentwässerung** festlegen.
- **Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz für Eingriffe in Natur und Landschaft** sind ein wichtiges Instrument zur Finanzierung von Renaturierungs- und Entsiegelungsmaßnahmen und wurden im Fall von Schwedt/Oder genutzt.

Möglicher Beitrag der Raumordnung bei der Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts

Die in den Arbeitsgruppen diskutierten Fragen zu den Handlungsmöglichkeiten der Raumordnung, sind im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Es zeigt sich, dass es noch einen erheblichen Diskussionsbedarf zur Ausgestaltung und Anwendung raumordnerischer Instrumente und Festlegungen sowie Zuständigkeiten gibt.

Grundsätzlich kann die Raumordnung auf regionaler Ebene sich sowohl formeller als auch informeller Instrumente bedienen.

Dabei ist zu beachten, dass es zwischen den Planungssystemen in Deutschland und Polen große rechtliche und administrative Unterschiede gibt.

Während die Raumordnung in **Deutschland** sowohl formelle (z.B. Regionalplan) als auch informelle Instrumente (z.B. Gutachten, Informationsveranstaltungen) nutzen kann (s. Abbildung 1), ist die Anwendung formeller Instrumente in **Polen** für eine Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts falls überhaupt, nur sehr eingeschränkt möglich.

Im Land Brandenburg werden derzeit Möglichkeiten diskutiert, welche Gebietskulissen die Regionalplanung zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts ausweisen kann. Auf der Grundlage des für die Planungsregion Uckermark-Barnim vorliegenden Gutachtens sowie der Diskussion in den Arbeitsgruppen sind insbesondere zu diskutieren:

- durch hohe GW-Stände gefährdete Flächen im Siedlungsbereich,
- für die GW-Neubildung und den Wasserrückhalt auf Forst- und Landwirtschaftsflächen besonders relevante Flächen,
- besonders trockenheitsgefährdete Forst- und Landwirtschaftsflächen,
- Einzugsgebiete trockenheitsgefährdeter Gewässer.

Es ist zu beachten, dass derartige Festlegungen die Flächennutzungssteuerung betreffen würden, z.B. die Sicherung von Flächen vor Überbauung. Vorgaben für die konkrete Nutzung (z.B. extensive Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen) kann die Raumordnung nicht erlassen, dies muss durch weitere Instrumente (z.B. der Umwelt-, Wasser- oder Forstverwaltungen) bzw. in informellen, kooperativen Prozessen mit den Flächeneigentümern und -nutzern gewährleistet werden. Weiterhin ist zu beachten, dass die Regelungen der Regionalplanung erst durch deren Umsetzung in der kommunalen Bauleitplanung unmittelbare Rechtsverbindlichkeit für die Flächennutzer erlangen.

Aktuell sind die Festlegungsmöglichkeiten der Regionalplanung in der Planungsregion Uckermark-Barnim durch die Regelungen der [Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne](#) begrenzt. Hier bedarf es eines intensiven Dialogs zu deren Anpassung bzw. Auslegung.

Darüber hinaus stellen Landschaftsrahmenpläne einen naturschutzfachlichen Fachbeitrag mit verwaltungsinterner Bindungswirkung dar. Diese liegen in Brandenburg nur lückenhaft vor (siehe „[Landschaftsrahmenpläne im Land Brandenburg](#)“). Sie bieten die Möglichkeit, Belange des Landschaftswasserhaushalts umfassend zu berücksichtigen.

Darüber hinaus kann die Regionalplanung **informelle Instrumente** bereitstellen, wie es die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim mit dem [Gutachten „Analyse und Bewertung regionalspezifischer Daten zum Landschaftswasserhaushalt der Planungsregion Uckermark-Barnim“](#) und dem im Rahmen des MORO-Vorhabens zu entwickelndem Handlungskonzept macht. Der ganzheitliche, die gesamte Planungsregion umfassende Ansatz, erlaubt es, einen fachlich fundierten Austausch zu organisieren und gemeinsam Festlegungen für zentrale Handlungsfelder zu treffen. Dies erfordert eine umfassende Abstimmung mit Akteuren auf Landesebene (u.a. Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Umweltministerium, Landesamt für Umwelt, Landesforstverwaltung, Verwaltungen von Großschutzgebieten) der kommunalen Ebene (Kommunen, Landkreise, Wasser- und Bodenverbände) sowie betroffenen Landnutzern und -eigentümern.

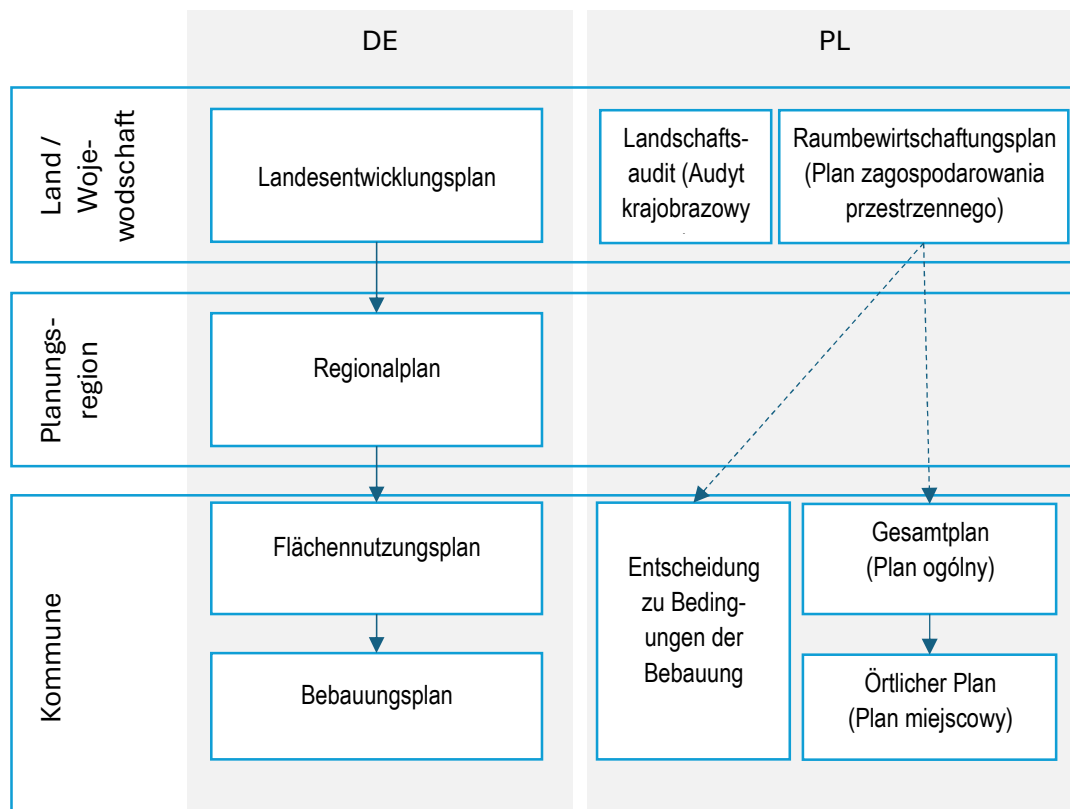


Abbildung 1: Formelle Instrumente der Raumordnung in Deutschland & Polen

In **Polen** ist die Nutzung formeller Instrumente stark eingeschränkt. Es ist zu prüfen, inwieweit der nach Novellierung des [Gesetzes über Raumplanung und Raumbewirtschaftung](#) in Artikel 13a neu eingeführte **Gesamtplan** zu einer Landnutzungssteuerung zur Verbesserung des

Landschaftswasserhaushaltes anwendbar ist. Gemäß Änderungsverordnung zum Entwurf des Gesamtplans (Dz.U. 2024 poz. 1775) können 13 Zonen festgelegt werden, darunter die Zone für Grünflächen und Freizeit sowie eine Zone für offene Flächen. Diese enthalten aber keine spezifischen Anforderungen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes.

In sehr begrenztem Ausmaß kann das Instrument des **Landschaftsaudits** (Audit krajobrazowy) gemäß Art. 38a Gesetzes über Raumplanung und Raumbewirtschaftung angewendet werden. Dadurch können schützenswerte Landschaften definiert und Empfehlungen zu deren Erhalt gegeben werden. In Westpommern wurden insgesamt ca. 10% der Gesamtfläche als schützenswerte Landschaften ausgewiesen.

In die Kategorie **informeller Instrumente** fällt z.B. die Möglichkeit, eine gemeinsame Wasserpolitik zu definieren, welche als strategisches Grundsatzdokument durch die zuständigen Behörden umgesetzt wird. Ein Beispiel dafür ist die Wasserpolitik der Wojewodschaft Niederschlesien, welche sich gerade in der Erarbeitung befindet. Auch hierfür ist die Einbeziehung sämtlicher betroffener Akteure auf übergeordneter Ebene (Wasser Polen, Regionaldirektion Umweltschutz, Regionaldirektion Staatsforsten Westpommersches Landwirtschaftsberatungszentrum, Landschaftsparkverwaltung Westpommern, Nationalparks) und nachgeordneter Ebene (Powiat, Kommune) erforderlich, ebenso wie der Einsatz der diesen Behörden zur Verfügung stehenden Instrumente (z.B. Bewirtschaftungsplan nach Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrisikomanagementplan, Dürrefolgenbekämpfungsplan, Waldbewirtschaftungsplan, naturschutzfachliche Schutzpläne).

Fazit

Im Ergebnis des Workshops wurde deutlich, dass beide Länder sich in vielen Belangen ähnlichen Herausforderungen gegenübersehen. Landwirtschaftliche wie auch forstwirtschaftliche Flächen beiderseits der Oder sind heutzutage in weiten Teilen von intensiven Entwässerungsmaßnahmen geprägt. Das Wasser wird schnellstmöglich abgeleitet. Die Landschaft hat ihre natürliche Funktion zum Wasserrückhalt maßgeblich eingebüßt. Steigende Temperaturen, einhergehend mit höheren Verdunstungsraten, entziehen der Landschaft zusätzlich Wasser. Das wirkt sich zunehmend negativ auf die Grundwasserneubildung und die Grundwasserstände in der Region aus, stellt Land- und Forstwirtschaft vor wachsende Herausforderungen und führt auch in Oberflächengewässern zu absinkenden Wasserständen. Kleinere Stand- und Fließgewässer sind dabei besonders betroffen. In Siedlungsgebieten, allen voran der Metropolregion Szczecin, sorgt ein zunehmender Nutzungsdruck auf noch unbebaute Flächen für zusätzliche Herausforderungen, insbesondere in überschwemmungsgefährdeten Senkenbereichen.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass ein zentraler Dreh- und Angelpunkt für einen verbesserten Wasserrückhalt in der Art und Weise der Nutzung relevanter Flächen liegt. Insbesondere nachfolgende Punkte wurden für wesentlich befunden:

- dafür zu sensibilisieren, dass Wasserressourcen endlich sind. Dieses Verständnis unter allen Wassernutzern einer Region zu verankern, muss Teil der Lösung werden, um Kompromissbereitschaft bei künftigen Verteilungsfragen zu fördern.
- Die Verfügbarkeit und die Nutzung von Wasserressourcen müssen ganzheitlich auf Basis von Wassereinzugsgebieten betrachtet werden – und dürfen nicht an kommunalen Verwaltungsgrenzen enden.
- Wasserrückhalt muss sich für die Grundstückseigner / Landnutzer lohnen.
- Wasserrückhalt dient der Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Maßnahmen zu seiner Förderung sind im Falle von Flächennutzungskonkurrenzen ggf. Vorrang einzuräumen.

Es wurde festgestellt, dass die Raumordnung in Polen und Deutschland über sehr unterschiedliche Handlungsspielräume verfügt. Während im Land Brandenburg die Diskussion über formelle Festsetzungsmöglichkeiten in der Regionalplanung aktuell stattfindet, ist das formelle Instrumentarium auf polnischer Seite nur begrenzt anwendbar. Daher kommt in Polen informellen Instrumenten, wie regionalen räumlichen Strategien zur Wasserpolitik, eine besondere Bedeutung zu. Insgesamt bestand Konsens, dass die Raumordnung einen Rahmen schaffen kann, um unterschiedliche Belange in einem breiten Dialogprozess zu adressieren.

Teilnehmende

Institution	Vorname, Name und Funktion
Polnische Seite	
Regionale Wasserwirtschaftsbehörde in Szczecin (RZGW)	Michał Durka, Direktor
Regionaldirektion der Staatswälder in Szczecin (RDLP)	Michał Klisowski, Projekt-Koordinator
Regionaldirektion für Umweltschutz in Szczecin (RDOS)	Andrzej Miluch, stellvertretender Direktor
Regionalbüro für Raumplanung der Woiwodschaft Westpommern (RBGP)	Michał Urbański, Regionalplaner Ewelina Kuriata, Regionalplanerin
Gemeinde Dobra	Agata Bystrzak, Leiterin Abteilung für Umweltschutz Elżbieta Sychalska, Inspektorin für Melioration
Stanisław-Karłowski-Stiftung / Landwirtschaftsbetrieb Juchowo Farm	Radosław Dyl Arkadiusz Malarski
Gesellschaft der Freunde der Flüsse Ina und Gowienica	Artur Furdyna, Vorsitzender
Wojewodschaftsamt Westpommern in Stettin, Abteilung für Infrastruktur, Landwirtschaft und Regionalentwicklung	Anna Walczak-Sy
Deutsche Seite	
Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (Referat GL 2 - Europäische Raumentwicklung)	Iwona Pasieka-Göpfert
Landesamt für Umwelt (Referat W26 Gewässerentwicklung / Moorschutz)	Annette Landgraf
Landkreis Uckermark, Landwirtschafts- und Umweltamt	Dr. Nicole Spundflasch, Amtsleiterin
Wasser- und Bodenverband Finowfließ	Stephan Garkisch, Geschäftsführer
Stadt Schwedt, Fachbereich 3: Stadtentwicklung und Bauaufsicht	Johann Reichstein, stellv. Abteilungsleiter Stadtplanung
Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, Fachbereich Forschung und Monitoring	Dr. Benjamin Herold
Rewilding Oder Delta e.V.	Tomasz Pezold Nancy Wolf
Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim	Theresa Schiller, MORO-Projektleiterin Regine Weigelt-Kirchner, Regionalplanerin Markus Kather, Regionalplaner
INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner	Sven Friedrich Christian Gering